

Pressemitteilung

29. Oktober 2010

Freie Christen fordern:

„Mehr Distanz zwischen Staat und Kirche!“

„Eine klare Trennung von Staat und Kirche ist in Deutschland mehr als überfällig. Wir begrüßen es, dass das, was Freie Christen seit Jahren fordern, nun endlich auch einen gewissen Widerhall in den Parteien findet.“ Mit diesen Worten kommentierte Alfred Schulte, politischer Sprecher der kirchenkritischen Organisation Freie Christen für den Christus der Bergpredigt, die aktuellen Bestrebungen der Politik, den Filz zwischen Staat und Kirche zu lichten.

Schulte verwies dabei auf Forderungen der bayerischen FDP, Staat und Kirche schärfer zu trennen, und auf die fast zeitgleichen Bekundungen der bayerischen Grünen, das Verhältnis zwischen Staat und Kirche neu zu ordnen und dabei auch das Konkordat zwischen Bayern und dem Vatikan nicht auszusparen. „So zaghaft diese Äußerungen auch noch daherkommen mögen, sie sind zumindest ein erster Schritt in die richtige Richtung“, so Schulte. „Und sie zeigen, dass nach dem Bekanntwerden der ungezählten Kinderschänderverbrechen durch Priester und Pfarrer das bisherige Denkverbot gewaltige Risse bekommen hat.“

Allerdings hätten die meisten Politiker noch immer nicht begriffen, dass die bereits in der Weimarer Verfassung geforderte und bis heute noch immer nicht umgesetzte „Ablösung“ der Staatsleistungen an die Kirchen inzwischen längst nicht mehr bedeuten könne, dass der Staat den Kirchen irgendwelche „Abschiedszahlungen“ leisten müsse, im Gegenteil: „Die steinreichen Kirchen müssen dem Staat etwas zurückgeben. Denn die vor rund 200 Jahren erfolgten Enteignungen wurden im Laufe der Jahrhunderte längst mehrfach überbezahlt.“

Ausdrücklich begrüßte Schulte auch das 10-Punkte-Programm zur Trennung von Staat und Kirche, das der neu gegründete „Arbeits-

kreis Laizistinnen und Laizisten in der SPD“ vorgelegt hat. Hier werde in erfreulicher Klarheit unter anderem die Einstellung sämtlicher staatlicher Subventionen an die Kirche gefordert, vom Religionsunterricht an öffentlichen Schulen über die Finanzierung der Ausbildung der Theologen an staatlichen Universitäten bis hin zur Beendigung aller Steuerbefreiungen. „Die 15 Milliarden Euro, die der Staat hier einsparen würde, könnte er direkt den Arbeitslosen und Alleinerziehenden zugute kommen lassen“, so Schulte. Es sei allerdings bezeichnend, dass sich auf eine Rüge von Erzbischof Zollitsch hin der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel in geradezu unterwürfiger Weise umgehend von diesem neuen Arbeitskreis distanziert habe, dem dann auch gleich die offizielle Partei-Webseite verschlossen wurde. „Was will man auch von einer Partei erwarten, deren Generalsekretärin, Andrea Nahles, sich in der Öffentlichkeit betont als Mitglied der katholischen Kirche gibt und den Papst als ‚Chef des Ganzen‘ einschränkungslos anerkennt?“ so Schulte. „Die Politiker, die jetzt aufgewacht sind, werden sich zunächst gegen die Kirchenfunktionäre in den eigenen Reihen durchsetzen müssen. Denn die Großkirchen haben die Parteien längst unterwandert. Eine Ablösung der Staatsleistungen an die Kirchen wird von der deutschen Verfassung ausdrücklich gefordert, ebenso wie die weltanschauliche Neutralität des Staates. Ein Parteivorsitzender, der solche Forderungen abbügelt, stellt sich gegen einen wesentlichen Aspekt unserer Verfassung. Welches Vorbild gibt er dann ab für die kleinen Leute, die wegen kleiner Vergehen schon rechtliche Konsequenzen zu befürchten haben?“

Es werde Zeit, so Schulte, dass das Ross, der Staat, endlich den Reiter, die Kirchen, abwerfe, die das einfache Volk seit langem aussaugen und ausbeuten. „Ich wünsche den Politikern Mut, jetzt nicht locker zu lassen!“

Weitere Informationen: www.christus-oder-kirche.de, Telefon 09391-50 42 13